



HAL
open science

Kirgisistan - von der "Insel der Demokratie" zum internationalen Sorgenkind

Olga Spaiser

► **To cite this version:**

Olga Spaiser. Kirgisistan - von der "Insel der Demokratie" zum internationalen Sorgenkind. Internationales Magazin für Sicherheit, 2010, pp.1-7. hal-01023876

HAL Id: hal-01023876

<https://sciencespo.hal.science/hal-01023876>

Submitted on 15 Jul 2014

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Kirgisistan – von der „Insel der Demokratie“ zum internationalen Sorgenkind

Von Olga Spaiser

Die Ereignisse vom 6. Und 7. April in der zentralasiatischen Republik Kirgisistan bilden den politischen Tiefpunkt in der Geschichte des seit fast 20 Jahren unabhängigen jungen Landes. Die Bilder aus der Hauptstadt Bischkek sowie aus den Provinzstädten Talas und Naryn, in denen blutige Proteste und Straßenschlachten zur Flucht des Präsidenten Kurmanbek Bakijew führten, sind mehr als erschütternd: 81 Tote, über 1600 Verletzte, verwüstete Gebäude und geplünderte Geschäfte. Die vorläufige Bilanz mag erschrecken genug sein, noch besorgniserregender könnten aber die langfristigen Folgen der politischen Unruhen für die gesamte Region werden. Die neue Übergangsregierung unter Rosa Otunbajewa steht vor gewaltigen Herausforderungen und muss einen drohenden Bürgerkrieg abwenden. Die Europäische Union versäumt es unterdessen Handlungsstärke zu beweisen.

Die Wut der Demonstranten auf dem zentralen Ala Too-Platz kannte keine Grenzen: umgeworfene Polizeiautos, verwüstetes Parlament, brennende Regierungsgebäude, verprügelte Soldaten. Die Szenen schockierten die ganze Welt und hinterließen tiefe Sorgenfalten bei Großmächten und internationalen Organisationen. Kirgisistan, ein kleines und verarmtes Gebirgsland zwischen China und Kasachstan, hat traurige Prominenz erlangt. Einst als „Insel der Demokratie“ im sonst autoritär bis totalitär regierten Zentralasien vom Westen hofiert, gilt es heute als gefährliches Pulverfass in der aufgrund seiner Energievorkommen und der geographischen Lage strategisch bedeutenden Region. Experten warnen vor einem spill-over-Effekt auf die anderen Republiken, die bereits durch ihre Nähe zum Konfliktherd Afghanistan gefährdet sind.

Kirgisistan ist dabei der Zankapfel im geopolitischen Gerangel zwischen Russland und den USA. Es ist das einzige Land weltweit, in dem sowohl die USA als auch Russland je einen Militärstützpunkt unterhalten, deren strategische Bedeutung extrem hoch einzuschätzen ist. Vor allem die USA sind auf ihre Basis auf dem Flughafen Manas in der Nähe von Bischkek angewiesen, gilt sie doch als wichtigste logistische Drehscheibe für militärische Operationen im nah gelegenen Nordafghanistan. Ihren zweiten zentralasiatischen Militärstützpunkt im usbekischen Khanabad mussten die USA bereits 2005 verlassen, nachdem sie Usbekistans Präsidenten Islam Karimov mit der anhaltenden Kritik an der Menschenrechtssituation im Lande verärgert haben. Die Bedeutung der Manas-Basis in Kirgisistan hat zudem mit der von US-Präsident Obama beschlossenen Verstärkung der Militärpräsenz in Afghanistan nochmals zugenommen. Allein 50 000 Truppenmitglieder haben im März die Basis im Transit durchlaufen – ein Höchstwert seit Eröffnung der Anlage im Jahre 2002. Es ist daher anzunehmen, dass Kirgisistan mittlerweile als Hauptstützpunkt für Truppentransport und Betankungsflugzeuge der in Afghanistan eingesetzten US-Airforce fungiert. Diese Entwicklung wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass Versorgungsrouten über Pakistan angesichts der chaotischen Lage im Grenzgebiet zu Afghanistan kaum mehr genutzt werden können. Der gestürzte kirgisische Machthaber Bakijew wollte aus dieser Situation stets maximalen Nutzen ziehen und versuchte die Großmächte gegeneinander auszuspielen – zuletzt wendeten sich jedoch beide Verbündete von ihm ab, genauso wie das kirgisische Volk, deren Enttäuschung sich in wütende Proteste gegen ihn entlud.

Die Revolution frisst ihre eigenen Kinder

Zum zweiten Mal innerhalb von nur fünf Jahren haben kirgisische Demonstranten ihren Präsidenten davon gejagt. Der diesmal gestürzte Präsident Bakijew kam selbst im Zuge der

Märzunruhen 2005 an die Macht, die vor allem im Westen plakativ und vorschnell als „Tulpenrevolution“ betitelt wurden. Im Zuge der orangenen Revolution in der Ukraine und der rosafarbenen Revolution in Georgien glaubten europäische und US-amerikanische Beobachter einen Demokratisierungstrend in der post-sowjetischen Sphäre zu erkennen – alle drei Länder versinken jedoch heute in Chaos und Instabilität. Bakijew versprach damals die Übel der Präsidentschaft von Askar Akajew zu bekämpfen. Doch Vetternwirtschaft, Korruption und die Einschränkung von demokratischen Rechten wie Presse- und Versammlungsfreiheit haben unter ihm sogar größere Ausmaße erreicht als in der 15-jährigen Regierungszeit seines Vorgängers. Die Kirgisen nannten ihr Land bereits halb frustriert, halb ironisch „Bakijewstan“.

Der zunehmend autoritäre Präsident war außerdem zu eifrig damit beschäftigt, seine Clanmitglieder und Günstlinge mit lukrativen Posten zu versorgen und ignorierte vollkommen die gravierenden Probleme des Landes. Das völlig verarmte Land verfügt weder über Rohstoffe noch über bedeutende Industrie. Die wichtigsten Quellen für staatliches Einkommen sind die ausländischen Militärstützpunkte sowie einige Goldgruben, die jedoch in den Händen eines kanadischen Unternehmens sowie der Bakijew-Großfamilie liegen. Massenarbeitslosigkeit, Korruption und niedrige Löhne sind nur einige der vielen Ursachen für die massive Unzufriedenheit des kirgisischen Volkes. Laut Angaben der Weltbank, lebt über 40% der Bevölkerung unter der Armutsgrenze, das monatliche Durchschnittseinkommen beträgt 900 Som, umgerechnet 18 Euro. Davon konnte man bereits früher kaum leben. Doch sind gerade in den letzten zwei Jahren die Lebensmittel- und Energiepreise extrem gestiegen, teilweise um das 5-fache, sodass laut Schätzungen der kirgisischen Regierung mittlerweile 3354 Som für die Grundversorgung einer Person nötig wären.

Die Geduld der Kirgisen wurde außerdem in den letzten beiden Wintern auf eine harte Probe gestellt, als das Land mit Energieversorgungsengpässen zu kämpfen hatte und der Strom in den Häusern bis zu acht Stunden am Tag abgeschaltet wurde. Bakijew sorgte mit einer weiteren Maßnahme für Empörung, als er ankündigte, die Mitglieder der politischen Elite würden aus Solidarität mit dem Volk ihren privaten Saunabetrieb einstellen.

Weniger Phantasie hatte die Bakijew-Administration bei der Bekämpfung der grassierenden Aids- und Drogenproblematik des Landes, die sie gänzlich ignorierte. Kirgisistan ist eines der Hauptumschlagplätze und Transitländer für den Heroinhandel aus Afghanistan gen Westen, Russland und China. Die Drogenrouten verlaufen an der kaum kontrollierten und schlecht passierbaren Grenze zu Tadschikistan durch den Süden des Landes – die zweitgrößte kirgisische Stadt Osch wird von der UNO als eine der Drogenhauptstädte Zentralasiens bezeichnet. Polizei und Militär, die vom staatlichen Gehalt kaum leben können, sind in den Handel involviert. Auch russische Offiziere vom Militärstützpunkt in Kant sollen ihre Finger im Spiel haben. Die in das Land gelangten Drogen werden von der desillusionierten Bevölkerung in einem immer stärkeren Ausmaße konsumiert, dabei werden Spritzen häufig gemeinsam benutzt, was zur raschen Verbreitung des HI-Virus führte. In den letzten fünf Jahren ist die AIDS-Ansteckungsrate in Kirgisistan um das 25-fache gestiegen.

Das explosive Problemgemisch aus Armut, Perspektivlosigkeit und Repression wartete nur auf eine Zündung. Diese kam mit der Massenverhaftung von Oppositionellen durch das Bakijew-Regime Anfang April dieses Jahres und der Regierungsankündigung die Preise für Lebensmittel, Benzin und die Kommunalabgaben nochmals drastisch zu erhöhen. Viele Menschen, vor allem frustrierte junge Männer, gingen auf die Straßen, um zunächst friedlich zu demonstrieren. Die Proteste begannen in Talas und Naryn und weiteten sich auf die

Hauptstadt aus. Diese Entwicklung versetzte die kirgisischen Machthaber zunächst nicht in Alarmbereitschaft, waren doch die ewigen Demonstrationen auf dem Ala-Too Platz in Bischkek bereits Alltag. Am Morgen des 7. April verordnete Bakijew jedoch die Verhaftung einiger Demonstranten - die Proteste eskalierten schnell, Wodka-Konsum, das Einsetzen von Tränengas und der Schießbefehl auf Demonstranten taten ihr Übriges.

Erneut sprachen ausländische Zeitungen von einer „Revolution“ in Kirgisistan, auch das farbige Adjektiv „gelb“ wurde bemüht, um den Unruhen den Anstrich einer neuen, geeinten demokratischen Bewegung zu geben. Doch der Diskurs über das angebliche demokratische Bewusstsein des kirgisischen Volkes ist stark abwegig – der Motor der Unruhen ist zunächst einmal die Unzufriedenheit der Menschen, die sich ihr Leben kaum noch leisten können. Einige Demonstranten wurden auch – wie bereits im März 2005- von Oppositionellen gegen Entgelt angeheuert. Doch welche politischen Gruppen genau hinter den Unruhen steckten, ist bis heute unklar. Fakt ist, dass eine selbsterklärte Interimsregierung unter der Führung von Rosa Otunbajewa schnell organisiert wurde und die Kontrolle über Streitkräfte an sich zu binden vermochte.

Welche Rolle spielt Russland?

Ausländische Kommentatoren überbieten sich derzeit regelrecht mit Hypothesen, Russland sei der Drahtzieher und sogar Geldgeber des Putsches gegen Bakijew, obwohl Moskau jegliche Verantwortung an den blutigen Ausschreitungen von sich weist. Anlass dazu gab der Kreml selbst, als er innerhalb weniger Stunden die Interimsregierung anerkannte und „humanitäre Hilfe“ für das Land versprach. Dies ist ein deutlicher Unterschied zur Reaktion im März 2005, als Putin die USA für den Sturz des damaligen Präsidenten Askar Akajew beschuldigte und ihm Exil bot. Bisherige Volksaufstände in der post-sowjetischen Sphäre betrachtete Russland stets als eine Bedrohung. Dieses Mal bekundet es jedoch Solidarität mit dem kirgisischen Volk und zeigte Verständnis für dessen Unmut angesichts Korruption, Vetternwirtschaft und Misswirtschaft des Bakijew-Regimes.

Die ehemalige Kolonialmacht Russland hat traditionell einen starken Einfluss auf die frühere Sowjetrepublik Kirgisistan, die sie ihrer Interessens- und Machtsphäre zurechnet. Kirgisistan seinerseits sieht sich kulturell und geschichtlich mit Russland verbunden. In den kirgisischen Städten ist die russische Sprache weiterhin stark verbreitet und wird bei weitem nicht nur von der russischen Minderheit gesprochen, die immerhin noch 12,5% der Bevölkerung stellt. Der US-Militärstützpunkt war den Russen stets ein Dorn im Auge, welches es zu beseitigen galt. So sagte Moskau im Februar 2009 dem kirgisischen Staat „Finanzhilfen“ im Umfang von über 2 Milliarden Dollar zu (exakt die Höhe der Pachtgebühr für die US-Basis am Manas-Flughafen) und der noch amtierende Bakijew gab noch am selben Tag die Kündigung des Stützpunktvertrags mit den USA bekannt. Der Schluss liegt nahe, dass sich Russland seine Territorialansprüche in seinem Vorhof Kirgisistan frei kaufte. Doch die Verbrüderung zwischen Moskau und Bischkek hielt nicht lange an, denn Bakijew handelte mit der US-Regierung eine Verzehnfachung der Pachtgebühr aus und verdiente somit sehr gut an den beiden Konkurrenten. Allerdings verkalkulierte er sich in seinem Goldrausch und erzürnte seinen wichtigsten Partner Russland nachhaltig. Der Kreml rächte sich indem er alle Finanzhilfen an Kirgisistan einfrieren ließ und die Preise für Gas und Öl stark erhöhte – wohlwissend, dass er damit den Nerv der unzufriedenen und gereizten Bevölkerung treffen würde.

Trotzdem dürfen innenpolitische Faktoren, die zu den Unruhen in Kirgisistan geführt haben,

nicht übersehen werden. Russland als Verantwortlichen für den Sturz Bakijews darzustellen, trifft keinesfalls die komplexe Dimension der Lage. Sicherlich wird Moskau Bakijew in Kirgisistan nicht vermissen, doch inwieweit der Machtwechsel tatsächlich russischen Interessen entgegenkommt, bleibt abzuwarten. Die weiterhin chaotische Situation in Kirgisistan sowie die entladenen Spannungen wecken Befürchtungen über einen möglichen Bürgerkrieg – daran sind weder Russland noch die Nachbarländer interessiert.

Welche Gefahr geht von Kirgisistan aus?

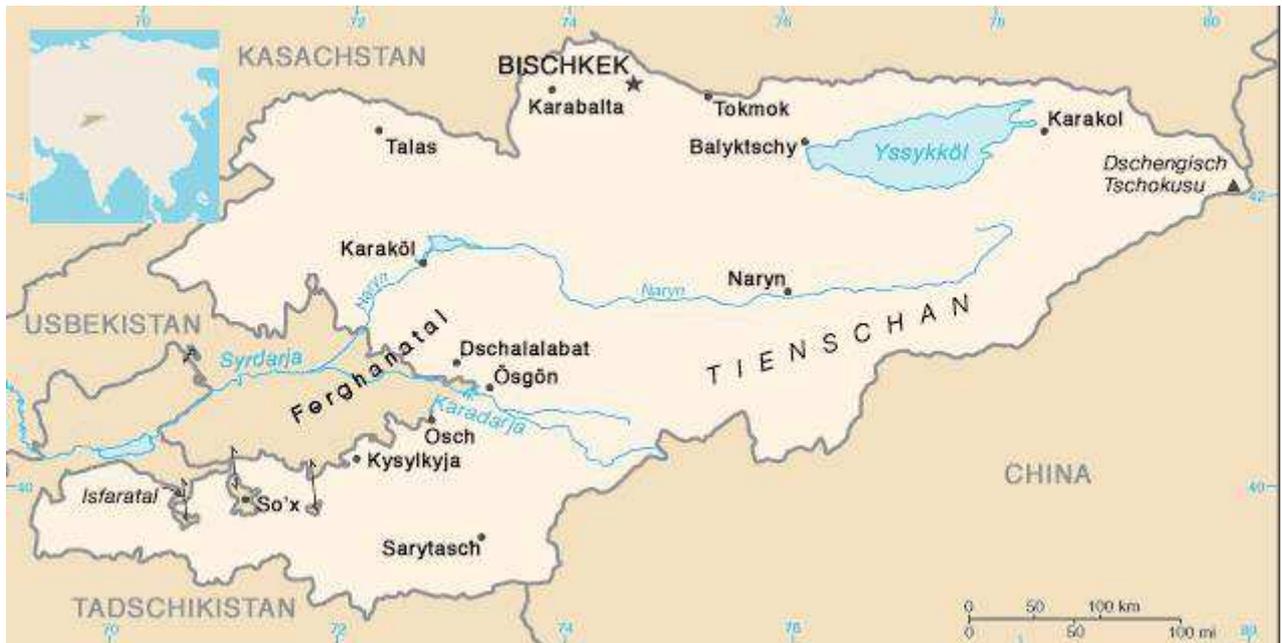
Bakijew denkt nicht daran, die Zepter der Macht, die ihn und seine Herrschaftsclique reich gemacht haben, loszulassen. Er hält sich in seiner Heimatstadt Dschalal-Abad im Süden Kirgisistans versteckt, wo er von bewaffneten Gefolgsleuten geschützt wird. Mit seiner fortbestehenden Präsenz im Land gießt er jedoch heißes Öl in die Glut der politischen Spannungen. Er ließ verkünden, er sähe sich weiterhin als legitimen Präsidenten des Landes, der von 80% der Bevölkerung bei den letzten Wahlen im Juli 2009 wiedergewählt wurde. Nun kennt man aber solche glorreichen Wahlergebnisse aus Sowjetzeiten und sie sagen wenig über die tatsächliche Unterstützung des Wahlvolkes aus, zumal die Wahlen in Kirgisistan schon lange nicht mehr demokratischen Standards entsprechen. Sicher ist jedoch, dass Bakijew in seiner Herkunftsregion, dem Süden des Landes, eine starke Machtbastion konsolidiert hat.

Der gestürzte Präsident hat noch Macht, sogar viel Macht. Seine Absichten lassen sich schwer voraussagen, doch verfügt er über genug Ressourcen, um eine neue Welle politischer Gewalt auszulösen und seine Anhänger gegen die neue Interimsregierung zu mobilisieren. Das würde nichts anderes als den Beginn eines Bürgerkriegs bedeuten, denn damit würde er den traditionellen Konflikt zwischen dem Süden und dem Norden des Landes zur Eskalation bringen. Kirgisistan wird von der Tien-Shan-Gebirgskette in zwei Teile geteilt, dem wohlhabenderen, industriellen Norden, und dem ländlichen und armen Süden. Die Clans der beiden Landesteile kämpfen um Zugang zu Machtressourcen, erst mit Bakijew erlangte der Süden mehr Einfluss. Der gestürzte Präsident hat zwar keine realistische Chance die Macht zurückzugewinnen, aber er ist im Stande, die neue Interimsregierung zu destabilisieren und eine Gegenrevolte zu schüren. Es ist bekannt, dass einer seiner Brüder Zugang zu Waffen hat, was die Spekulationen über einen Bürgerkrieg zusätzlich anheizt. Der Einfluss von Clanstreitigkeiten darf dabei nicht unterschätzt werden, bereits im Nachbarland Tadschikistan sorgten sie für einen fünf Jahren währenden und äußerst blutigen Bürgerkrieg in den 1990er Jahren.

Nicht zu vergessen ist, dass sich Bakijew derzeit in einem Gebiet befindet, das an das äußerst instabile Ferghana-Tal grenzt. Das dicht besiedelte, weil fruchtbare Gebiet, in dem 20% der Bevölkerung Zentralasiens lebt, erstreckt sich auf die Staatsgebiete dreier Länder: Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan. Es war mehrfach Schauplatz von ethnischen Spannungen und Territorialkämpfen und ist Rückzugsgebiet der radikalen Islamisten Zentralasiens. International gilt es daher als Pulverfass, denn Unruhen in einer der Republiken haben unmittelbare Auswirkungen auf die gesamte Region. Aus Angst vor einem spill-over-Effekt haben Kasachstan und Usbekistan bereits auf unbestimmte Zeit ihre Grenzen zu Kirgisistan geschlossen.

Die neue Interimsregierung unter Rosa Otunbajewa weiß um die Gefahr, die noch von Bakijew und seiner Herrschaftsclique ausgeht. Zunächst suchte die neue Regierungschefin versöhnliche Töne und bot dem geflüchteten Präsidenten Straffreiheit und

Sicherheitsgarantien an, falls er freiwillig zurücktrete und ins Exil gehe. Als nichts geschah, wurde Haftbefehl gegen ihn, seine Familie und seine engsten Vertrauten erlassen. Schließlich wurden Spezialtruppen nach Dschalal-Abad entsendet, um Bakijew zu verhaften und ihn an einer Flucht zu hindern. Unterdessen wurde bekannt, dass die Bakijew-Clique kurz vor der Flucht die Staatskassen leer geräumt hatte. Das Land verfüge nunmehr gerade mal über 16 Millionen Euro und ist damit am Rande des Ruins. Zum Vergleich: eine mittelgroße Universität in Deutschland, wie z.B. die Universität Stuttgart, verfügt über 300 Millionen Euro, also fast 20 Mal so viel wie der gesamte Staat Kirgisistan!



Bakijew weigert sich weiterhin zurückzutreten und rief sogar die UNO dazu auf, Blauhelme nach Kirgisistan zur Wiederherstellung der Ordnung zu entsenden. Er erklärte sich immerhin zu einem Gespräch mit UN-Sondergesandten Ján Kubiš bereit. Tatsächlich ist die Ordnung im Lande noch nicht vollständig etabliert. Zwar haben Straßenschlachten und Plünderungen abgenommen, doch in Bishkek herrscht eine Atmosphäre der Angst. Bewohner der wohlhabenderen Viertel haben die Stadt verlassen, nachdem Gerüchte aufkamen, bewaffnete Gruppen würden nächtliche Raubzüge durch Bishkek vorbereiten. Zudem gab die Übergangsregierung bekannt, dass bei den Unruhen über 100 Schießgewehre und über 11 Millionen Munitionspatronen, Handgranaten und Sprengkapseln in die Hände der Demonstranten gelangten. Auf die neue Interimsregierung unter Rosa Otunbajewa kommen also gewaltige Herausforderungen zu, die ein besonnenes und kluges Handeln erforderlich machen.

Rosa Otunbajewa – die neue Hoffnungsträgerin?

Die ehemalige kirgisische Außenministerin Rosa Otunbajewa ist das Gesicht des Umsturzes in Kirgisistan. Bereits bei der so genannten Tulpenrevolution stand sie an vorderster Front und übernahm die Regierungsgeschäfte zusammen mit Kurmanbek Bakijew. Als dieser jedoch den autoritären Politikstil seines Vorgängers Akajew übernahm und die Ausbeutung des Landes unter eigennützigen Interessen weiterbetrieb, gab sie ihr Amt als Außenministerin auf und ging in die Opposition. Nun steht die Sozialdemokratin an der Spitze der

Übergangsregierung und muss wahre Wunder bewirken. Als erste Maßnahme kündigte sie an, innerhalb von sechs Monaten eine neue Verfassung zugunsten der Legislative auszuarbeiten und Neuwahlen zu organisieren.

In diplomatischen Kreisen wird die Oppositionsführerin als intelligente und weitsichtige Politikerin geschätzt. Die aus der südkirgisischen Stadt Osch stammende Otunbajewa ist Doktorin der Philosophie, spricht fließend Englisch und weiß moderne Kommunikationsformen wie Twitter zu nutzen. Diese Eigenschaften scheinen Grund genug zu sein, um europäischen Ländern und den USA überschwängliche Sympathiebekundungen zu entlocken. Sie ist jedoch nicht die Phönix aus der Asche, für die sie mittlerweile gerne gehalten wird. In ihrer Heimat ist sie durchaus eine feste Größe und gehört der kirgisischen Politikerriege seit den 1980er Jahren an. Damals hat sie hauptamtlich für die Kommunistische Partei der Kirgisischen Sozialistischen Sowjetrepublik gearbeitet, war Vize-Chefin des Ministerrates und erhielt einen Posten im Moskauer Außenministerium. Im unabhängigen Kirgisistan war sie mehrmals Außenministerin, sowohl unter Akajew als auch unter Bakijew. Ein unbeschriebenes Blatt ist Rosa Otunbajewa also nicht, sie symbolisiert weder einen Generations- noch einen Elitewechsel. Als erste Amtshandlung übte sie den Schulterchluss mit dem autoritären Russland anstatt die Nähe zur Europäischen Union oder den USA zu suchen.

Und dennoch: in Kirgisistan gilt sie als ehrliche Verfechterin der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung. Ihr wird zu Gute gehalten, dass sie außerhalb von Clanstrukturen agiert, noch nie in Korruptionsaffären verwickelt war und genug Mut hatte, Missstände im Land zu kritisieren, wenn andere Kritiker längst mundtot gemacht wurden. Die Herausforderungen, vor denen sie als Chefin der Übergangsregierung steht, sind jedoch enorm: Bakijew agiert im Untergrund weiter, soziale und ethnische Spannungen flammen wieder auf und das Misstrauen und die Enttäuschung der Kirgisen in die Politik sind groß. Es werden sich sicherlich neue Oppositionsbewegungen formieren, unklar ist ob das Bakijews Leute sein werden oder neue Clans und Machtcliquen. Es ist noch ungewiss welchen Gegenwind sie bekommen wird, doch sie muss verschiedene Machtinteressen ausbalancieren um Stabilität wieder herzustellen. Das wird nicht einfach sein – bereits bei der Bildung der Interimsregierung musste sie drei politische Oppositionsparteien unter einen Hut bringen. Deren Mitglieder versuchten erneut Verwandten und Vertrauten politische Posten zu verschaffen, was das Misstrauen der Bevölkerung nicht mindern dürfte.

Immerhin schaffte sie es Polizei, Militär und große Teile des Geheimdienstes hinter sich zu bringen- und das Ausland. Sie unterhält gute Beziehungen zu Russland und als frühere Botschafterin in Washington, auch zu den USA. Die Europäische Union spielt bei der Suche nach Unterstützung im Ausland jedoch kaum eine Rolle. Das ist auch nicht verwunderlich, legte die EU doch in den letzten Tagen erstaunliche Gelassenheit an den Tag und übernahm dementsprechend lediglich eine Statistenrolle bei der Befriedung des kirgisischen Konflikts.

Wo ist die EU?

Die Europäische Union hätte bei den aktuellen Ereignissen in Kirgisistan eine gute Gelegenheit gehabt Handlungsstärke auf internationaler Bühne zu beweisen. Die Tatenlosigkeit im aktuellen Konflikt in Kirgisistan überrascht jedoch angesichts der europäischen Rhetorik, ein wichtiger globaler Akteur zu sein. War die EU beim Georgien-Krieg 2008 schnell zur Stelle und konnte ihren Einfluss unter Beweis stellen, so glänzt sie in Zentralasien mehr oder weniger durch Abwesenheit. Dies ist umso erstaunlicher, als die

Europäische Union noch 2007 unter deutscher Ratspräsidentschaft die Region Zentralasien zum prioritären Partner erklärte und in der Zentralasienstrategie verkündete, „zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in der Region bei[zu]tragen“. Dieses auf sechs Jahre angelegte Aktions- und Kooperationsprogramm (2007-2013) soll die europäische Präsenz in einer Region verstärken, die im Zuge der Erweiterung Europas und der Nachbarschaftspolitik immer mehr an die Grenzen der Europäischen Union heranrückt und für ihre Energieversorgung sowie die Sicherung der EU-Außengrenzen von großer Bedeutung ist. Was hat die Europäische Union jedoch bisher getan? Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton verfasste lediglich drei kurze Erklärungen mit gleichem Inhalt, in denen sie sich sehr besorgt zeigte und zu Dialog und zur friedlichen Lösung aufrief – eine Routine-Amtshandlung, die von vielen anderen Staaten ebenfalls unternommen wurde. Der EU-Sonderbeauftragte für Zentralasien Pierre Morel wurde erst am 12. April nach Bischkek geschickt – zu einem Zeitpunkt also, als die Sondergesandten der UNO, der OSZE und der USA schon einige Tage mit der Übergangsregierung verhandelten. Und die spanische Ratspräsidentschaft? Auf ihrer Internetpräsenz ist von Unruhen in Kirgisistan nicht mal die Rede. Die Europäische Union hat es versäumt die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente, namentlich die Zentralasienstrategie, den EU-Sonderbeauftragten sowie die Außenbeauftragte, wirksam einzusetzen. Damit trägt sie wenig zur Konsolidierung der Stabilität in Kirgisistan bei und verspielt wichtige Einflussmöglichkeiten in einer der brisantesten aktuellen Konfliktregionen.

[Kommentieren Sie diesen Artikel](#)